

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Fremdenlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, D. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14, Tel. 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Veranzahlungen 25 Pf. Insetate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 183.

Dresden, Sonnabend den 9. August 1913.

24. Jahrg.

Das Dresdner Oberkriegsgericht bestätigte das Urteil der Bezirksinstanz, die den Wilschower Arbeiter Genossen Weiß zu vier Wochen strengem Arrest verurteilte.

Oesterreich und Rußland hatten ihre Ansprüche auf Revision des Bukarester Vertrags aufrecht.

In Rußland kam es zu antirussischen Demonstrationen.

In Ungarn wurden durch einen Orkan große Verheerungen angerichtet.

Nach einer Erklärung Quierats gedachte Mexiko jede Einmischung der Vereinigten Staaten in die mexikanischen Angelegenheiten mit Waffengewalt zurückzuweisen.

Aufforderung zum Mut.

Der Augenblick ist gekommen, in dem man dem deutschen Liberalismus ein ernstes Wort sagen muß — so beginnt ein umfangreicher Artikel in dem nationalliberalen Hauptblatt, der in der National-Zeitung, der die Nationalliberalen aufserdert, endlich den Mut des eigenen Willens zu haben. Das „ernste Wort“ wendet sich in manchem nicht über Charakteristik gegen die politische Schwachmütigkeit des Liberalismus und mahnt die Partei, die jetzt ihr günstige Zeit zur Erneuerung und liberalen Selbständigkeit auszunutzen. Jedoch, alsbald zeigt es sich, daß das „ernste Wort“ nicht in echt nationalliberalen Verkommenheiten und Schwachmütigkeiten verliert, hinter denen nur eines als einziger möglicher und jeder Kern steht: der Wille zum verstärkten Einfluß der Industriearistokratie gegenüber der Agrararistokratie.

Die Kölnische Zeitung geht aus von den bisherigen Fehlern des Liberalismus. Innere Streitigkeiten schwächen die Partei. „Mit einer gewissen eifigen Selbstgefälligkeit wurde das Erreichte überhäuft. Die Männer der Industrie und des Handels klammerten sich zu wenig um die Politik. Hauptächlich aber fehlte der „große einigende Grundgedanke“, es fehlte die Jugkraft einer erhabenden gemeinschaftlichen Idee“. Dann erklärt das Kölnische Blatt: Jetzt über seien alle Bedingungen für einen Aufstieg des Liberalismus günstiger denn je. Jetzt sei die Zeit für „ein Vorwärtsschreiten auf eigenen Füßen“ gekommen. Jetzt trete die Notwendigkeit ein, die nationalliberale Partei, „mehr als bisher im voraus genau ihre Paradedroute abzustechen“. Ja noch viel mehr: Jetzt solle die Partei „die Fäden der Regierung an sich zu nehmen wagen und sie so führen, wie es für den Industriestaat Deutschland förderlich ist.“

Was ist aber das Ziel, das mit so viel Wortprunk angeklagt wird und angelehrt werden soll? Welches ist nun die erhabende gemeinschaftliche Idee, die der Kölnische Kampf des „ernsten Wortes“ für keine Partei aufsteht will? Welcher Art sind die „eigenen Richtlinien“ und für welche politischen Werke soll die Partei die Fäden der Regierung an sich nehmen? Die „Vendebandpolitik“ der Konserverativen habe vollständig abgewirkt und das „Industrie-Beamten- und Verwaltungshierarchie zur Geltung bringen! Das ist das hundertfache Kern! Gewiß — das „ernste Wort“ ist nicht ohne politische Bedeutung für das Verhältnis der Nationalliberalen zu den Konserverativen. Der Artikel vermahnt sich mit Ausdrücken dagegen, daß die Nationalliberalen sich durch die Anschuldigungen der Konserverativen Presse beeinflussen oder einschüchtern lassen, sie forderten die Sozialdemokratie durch freies Zusammenstimmen mit ihr in Reichstag und durch Zusammengehen mit den Fortschrittlichen. Wie wenig entschieden aber diese Frontstellung gegen die Konserverativen gemeint ist, zeigt sich sofort darin, daß das freimütige Abkommen mit der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen als „bedeutender Mißgriff“ scharf gemißbilligt wird. Da zeigt sich schon in aller Deutlichkeit, wie sehr die Kölnische Predigt gegen die liberale Schwachmütigkeit selbst voll Jaghaftigkeiten ist. Ist doch überhaupt erst durch die Wahlen vom Januar 1912 und die bedeutende Verstärkung der Sozialdemokratie die nationalliberale Reichstagsfraktion in die günstigere Lage gekommen, mit ihren Stimmen die Entscheidung zwischen „rechts“ und „links“ geben zu können. So sieht es mit dem nationalliberalen „Mut des eigenen Willens“ aus, daß die Kölnische Zeitung die Voraussetzung für eine kräftiger nationalliberals Politik selbst verleugnet und sich wiederum bereit erklärt, lieber Konserverative in Stichwahlen zum Siege zu führen, gegen die sie angeblich nun eine mannhaftere Selbständigkeit beweisen wollte.

In einer recht häßlichen Ausführung über das Seelenwesen der nationalliberalen Wahgebenden macht die Kölnische Zeitung den ganzen Sinn der von ihr empfohlenen antikonserverativen Politik offenbar. Sie sagt:

„So weilen Kreise des Liberalismus und gerade in denjenigen, auf die es am allermeisten ankommt, herrscht immer noch eine gewisse Selbstbescheidung gegenüber der konserverativen Verwaltung, dem konserverativen Behördeapparat und dem konserverativen Adel. Damit ist ein gewisses Streben verbunden, eine möglichst innige gesellschaftliche Fühlung mit diesen

Kreisen selbst um den Preis eines politischen Cyclus aufrechtzuerhalten. Dieser Vorgang läßt sich ganz natürlich erklären, in ihm spiegelt sich der schon rein äußerlich verständliche Mangel einer neuen Kultur vor der älteren wider. Dagegen könnte man auch nichts sagen, wenn nicht immer die Gefahr bestünde und jeder Tag beweist, daß sie besteht, daß der Neuling gar zu leicht und gar zu gern dem geistigen und selbständigen Streben der älteren Kultur unterliegt. Wir wollen und in diesem Zusammenhang auf Andeutungen beschränken und das Thema im einzelnen besser weiter führen. Aber die Tatsache muß dem doch festgelegt werden, daß manche liberale Familien sich im konserverativen Lager hinstellen, wenn sie ihre Güter Offiziere oder Referendare werden lassen oder in die höhere Verwaltungsbahn einsteigen wollen, oder aber wenn sie durch Titel und Orden einer mit staatlichen Hilfsmitteln gehobenen Klasse gleichgestellt werden, die heute in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Konserverativen besteht. ... Noch lebt die Hoffnung, daß dieser ganze Zustand lediglich eine Uebergangsstufe in der sich schon vollziehenden Entwicklung eines neuen auf liberaler Grundlage ruhenden Industriebürgerstums und einer Industriearistokratie bildet, die für ihres Wertes voll bewußt sind und sich dann nicht mehr einer aus alten Zeiten übergeliebten, wenn auch verdienstvollen, so doch rückständigen Beamten- und Verwaltungshierarchie bedingungslos unterordnen, sondern selbst die Fäden der Regierung an sich zu nehmen wagen und sie so führen, wie es für den Industriestaat Deutschland förderlich ist.“

Also ein Kampf zwischen einer älteren und einer „neuen Kultur“! Die ältere Kultur, vor der auch der Kölnische Kritiker in Respekt erschauert, das ist die Vendeband-Kultur, die Herrschaft des unsterblichen Grundbesitzes, die Kasten- und Privilegienwirtschaft des Adels. Zu dieser älteren Kultur haben bisher die Industrieherrscher und die Magnaten des Handels und der Finanzen treuerhaft aufgeschaut, sie konnten keinen schöneren Erbpreis, als ihr eigenes Leben zu verleugnen und ihre Söhne unter Knechtel in diese „ältere Kultur“ emporschieben zu lassen. Jetzt jedoch soll die „neue Kultur“ kommen — das Industriebürgerstum und die Industriearistokratie, die selbstständig industrielle Politik treibt und deren Söhne Offiziere bis zum hohen Generalrang werden dürfen, ohne ins konserverative Parteilager hinstürzen zu müssen. Dies sind die „erhabenden Ideen“, die dem Nationalliberalismus zu neuem Aufstieg verhelfen sollen!

Wenn sich schließlich die Kölnische Zeitung einbildet, mit einer Politik dieser Art auch die Herrschaft der Sozialdemokratie zu überwinden, so überlassen wir ihr gern solche Illusionen. Die Sozialdemokratie selbst hat das „ernste Wort“, das jetzt die Kölnische Zeitung auspricht, schon viele Male an die Nationalliberalen gerichtet. Sie hat die Nationalliberalen aufgeföhrt, wenigstens zur Abschüttelung der überalterten Junkerheredität beizutragen. Aber auch die jetzigen Aufmunterungsworte, die aus Adin erklingen, lassen noch nicht einmal die geringe Hoffnung aufkommen, daß die Nationalliberalen selbst nur die allergeringsten Reaktionszustände zu bekämpfen den Mut finden werden. Nicht um wahren Liberalismus, um freiherrliche Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinden handelt es sich für die Nationalliberalen. Sie wollen sich höchstensfalls ein wenig stark dazu machen, daß nicht die konserverativen Junker allein von der politischen Entrechtung der Massen die Vorteile ziehen, sondern daß das industrielle und kommerzielle Kapital die Wirtshaft erlangt.

Bei einer solchen „industriearistokratischen“ und in jeder Hinsicht volksfeindlichen Politik wird es mit dem „Aufstieg des Liberalismus“ seine guten Wege haben!

Wien gegen den Bukarester Frieden.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 8. August.

Das Wiener Kabinett will den Frieden nicht. Die Volkstocher vom Bukarester Friedensvertrag, die liberal mit Freude aufgenommen wurde, weckt in der Wiener offiziellen Presse ein heftiges Aufgebrüll. Köhnend verkünden die Jünger des Herrn Rania, daß dieser Friede nur ein belangloses Protokoll sei, eines jener Friedensstratageme, deren mehrere in den letzten Monaten unterzeichnet wurden, ohne erfüllt zu werden. Der Friede könne nicht gelten ohne Europas Zustimmung. Aber Europa ist hier nur ein leerer Name. Mit einem Hochmut, den wir aus der Zeit der Skutarijafäre wohl kennen, erklären diese aus dem Auswärtigen Amt herausgegebenen Bulletin, daß es Oesterreich gar nichts ausmache, ob die übrigen Mächte mittun. Mögen sie ihr Desinteressement erklären — das ist ein Sieb, der gegen Deutschland geht, das diesmal keine Lust zeigt, im Dienste Verkäufers den Frieden fördern zu helfen. Oesterreich bleibe dabei, daß es eine Demütigung Bulgariens und dessen Ausschluß aus dem zentralen Mazedonien nicht dulden werde.

Was also wird nun geschehen? Auf das Wort Oesterreich hin werden die Balkanstaaten keine Konvention am Friedensvertrage unternehmen. Will das Wiener Kabinett Krieg führen? Es ist interessant, daß die Tribune, das offizielle italienische Organ, ausdrücklich vor der „isolierten Aktion einer einzelnen Macht“ warnt. Es muß also der Balkanplatz auch zu den Kabinetten so plump drohend ge-

sprochen haben, wie es seine offiziellen Preßäußerungen tun.

Wieder hat indes das Wiener Kabinett mit der Friedensführung nichts geermt als neue Plamagen und den Haß Rumäniens. Der österreichische Gesandte in Bukarest, der am Tag vor dem Abschluß des Friedens seinen Einspruch der rumänischen Regierung ankündigte, bekam von Majorescu zu hören, daß Rumänien den Frieden als endgültigen abschließen wolle und einen Staat, der dagegen handele, nicht als Freund ansehen könne. Das war nicht mehr deutlich, sondern schon grob — und zwar verdienstlos. Um jedoch die Wirkung zu vertiefen, ließ Majorescu eine Schilderung der Szene in der Epoca veröffentlichen. Der Gesandte hätte gerne die empfangene Ohrfeige der öffentlichen Befähigung entzogen und dementierte. Darauf wiederholte Majorescu die Befähigung öffentlich. Dem seine ausdrückliche und von der Konferenz gebilligte Erklärung, daß nicht ein Präliminar sondern ein definitiver Friede geschlossen werde, richtet keine Spitze geradewegs gegen die Wiener Politik. Hebrigens hat Majorescu Oesterreich-Ungarn wenige Tage vorher ebenfalls abgefertigt und gleichfalls in voller Öffentlichkeit, er würde, da Bulgarien seine Forderungen zuerst angenommen hätte, nun die Verbündeten im Stich lassen, sagte er in der nächsten Sitzung, die Vereinbarungen wegen der Dobrußka würden erst mit den übrigen Friedensbestimmungen in den Vertrag aufgenommen werden. Rumänien bleibe mit den Verbündeten solidarisch. Diese entscheidende Äußerung verschwieg das Wiener amtliche Nachrichtenbureau nur einen halben Tag und zur andern fällte es sie um. Inzwischen hat man aber den ersten Text zu lesen bekommen. Wundert man sich zu versichern, daß jetzt der Dreieck in Rumänien endgültig abgewirkt hat?

Auch den Oesterreichern beginnt endlich die Schuppen von den Augen zu fallen. Noch während der Konferenz hatte der Balkanplatz die Sache so darstellen lassen, als stühe Rumänien auf Bulgariens Seite, um dessen Interessen gegen die Verbündeten zu vertreten. Sogar von einem kommenden rumänisch-bulgarischen Bündnis — natürlich gegen Serbien — wurde gesprochen. Jetzt weiß man aus Rumäniens Munde, daß dieses selbst das Ziel verfolgt, ein bulgarisches Uebergewicht auf dem Balkan zu verwalten. Die Neufriedenspolitik Oesterreichs beleidigt vor allem Rumänien, das noch vor kurzem als Oesterreichs und Deutschlands Bundesgenosse galt, dem Rumänien ist ja der Schöpfer des Friedens. Darüber erschrecken nun selbst die unabhängigen bürgerlichen Blätter. Wie die „Frei“ Verkündet bekämpft, so hat die Neue Freie Presse halb und halb ihm die Gefolgschaft aufgelagt und warnt vor der Revision. Für den Balkanplatz schreiben nur noch seine eigenen Soldlinge. Dazu hat der Friedensvertrag die Verlogenheit des Balkanplazes entlarvt. Bulgarien wäscht von 96000 Quadratkilometern Bodensfläche und 3800000 Einwohnern auf 139000 Quadratkilometern und 4600000 Einwohner; Serbien von 48000 Quadratkilometern und 25 Millionen auf 80000 Quadratkilometern und 3000000 Einwohner; Griechenland von 65000 Quadratkilometern und 2,5 Millionen Seelen auf 110000 Quadratkilometern und 4 Millionen Seelen; Rumänien von 131000 Quadratkilometern und 6 Millionen auf 138000 Quadratkilometer und 6260000 Seelen. Wie kann man da von „Verständigung“ Bulgariens reden, wenn dieses an Bodenumfang zur Größe Rumäniens aufsteigt und nach wie vor der zweitbevölkerteste Staat des Balkans bleibt? Und das nach einer selbstverschuldeten Niederlage! Ist aber der thrakische Teil der bulgarischen Beute den Bulgaren ungewiß, so können doch die Verbündeten nicht dafür, daß Bulgarien Adrianopel entlehnt hat, um über sie herzufallen. Warum aber läßt das Wiener Kabinett die Weglegung Adrianopels durch die Türken — diesen schwersten Schlag für Bulgarien — gleichgültig und warum schreibt es nur, weil es den Serben auch den vertragsmäßigen Handelsweg nach dem griechischen Saloniki durch eine bulgarische Landbarriere verlegen will. Diese Infamien werden die ansässigeren Leute in Wien allmählich an-

Die Friedensbedingungen.

Bukarest, 8. August. Die Friedenskonferenz hielt heute eine längere Sitzung ab. Der Vorsitzende Majorescu las die Briefe der österreichisch-ungarischen und der russischen Gesandtschaften vom 4. und 6. August zur Verlesung bringen, in denen sich diese das Recht vorbehalten, eine Revision des Vertrages von Bukarest zu verlangen. Die beiden Noten gehen dem zwischen den Kriegführenden erzielten Uebereinkommen voraus. Der bulgarische Bevollmächtigte Radeff erklärte, er habe durch seine Regierung von den Noten Kenntnis, aber die bulgarischen Delegierten würden den Vertrag auf jeden Fall unterzeichnen. Der Vorsitzende nahm von dieser Erklärung Radeffs Kenntnis und ließ sie dem Protokoll einfügen. Sekretär Bissoli verlas hierauf den Friedensvertragsentwurf, wie er von der Kommission redigiert wurde. Artikel 2 betrifft den Frieden zwischen Rumänien und Bulgarien, bestimmt die neue Grenzlinie und gewährt einen Ausschub von drei Jahren für die Schließung der Fests von Ruschuk und Schumla und eine Frist von 15 Tagen für die Befestigung der Grenzlinie. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit soll das